

NIEDERSCHRIFT Nr.: 17/L

über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

am Mittwoch, 18.01.2017, um 16.00 Uhr

17. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr

Sitzungsende: 17.10 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Claudia Bernhard für Herrn Klaus-Rainer Rupp

Frau Sybille Böschen

Herr Robert Bücking

Frau Sülmez Dogan

Frau Susanne Grobien

Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)

Herr Andreas Kottisch

Herr Dieter Reinken

Herr Christian Schäfer

Herr Uwe Schmidt

Frau Lencke Steiner

Herr Elias Tsartilidis

Von der Verwaltung

Herr Brunßen

Herr Cordßen

Frau Frese

Frau Jansen

Herr Dr. Kühling

Frau Niestädt

Herr Peters

Herr Poppinga

Herr Sengstake

Herr Staatsrat Siering

Frau Stellmacher

Frau Stemming

Gäste

Herr Dr. Haustein (WFB)

Herr Howe (bremenports)

Abg. Kastendiek eröffnet die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1a Genehmigung der Niederschrift Nr. 15/L über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.11.2016

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** erklärt **Herr Dr. Kühling**, dass ein Bericht zum Thema Bremen-Nord-Konzept vor der Sommerpause 2017 vorgelegt werde.

TOP 1b Genehmigung der Niederschrift Nr. 16/L über die öffentliche Sondersitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 14.12.2016

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation

TOP 2 Neuwahl des/der stellvertretenden Sprecher(s)/in

Abg. Frau Böschen schlägt den **Abg. Reinken** zur Wahl des stellvertretenden Sprechers der staatlichen Deputation vor. **Abg. Kastendiek** leitet die Abstimmung ein.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wählt den Abg. Reinken einstimmig zu ihrem stellvertretenden Sprecher

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land)
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2016**

Vorlage Nr. 19/274-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bestellt in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss die Ernst & Young GmbH zur Abschlussprüferin des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen des Landes Bremen für das Wirtschaftsjahr 2016. Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 4 EFRE-Programm 2014-2020

"Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven"

Vorlage Nr. 19/250-L

Abg. Frau Dogan dankt für die Vorlage, die die Fortführung der guten Arbeit der Quartiersmeisterei sicherstelle, kulturelle Impulse setzen und das Image des Stadtteils positiv befördern werde. Insgesamt erhoffe sie die Entwicklung eines belebten und lebhaften Wohnquartiers.

Abg. Frau Steiner stellt eine positive Entwicklung des Quartiers fest. Bedauerlicherweise nenne die Vorlage keine Entwicklung signifikanter wirtschafts- oder sozialpolitischer Rahmendaten seit Beginn des Projektes. Interessant seien etwa die Entwicklung von Arbeitslosen- und Kriminalitätsquoten sowie die Entwicklung des Infrastrukturangebots, auch wenn die Nahversorgung jetzt abgesichert zu sein scheine. Die Imagekampagne müsste mit einem Benchmark versehen sein, während bei der Betriebsberatung Art und Umfang der Beratung unklar bleibe und einen relativ hohen Betrag von 308€/Beratung vermuten lasse. Richtigerweise könne für die Infrastrukturmaßnahme keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung herangezogen werden, doch müsste sich mit der positiven Entwicklung des Quartiers eine bezifferbare Erhöhung von Steuereinnahmen ergeben.

Herr Peters erinnert, das Projekt sei in der alten EFRE-Förderperiode 2007-2013 begonnen worden und solle mit der neuen Förderperiode ab 2014 fortgeführt werden. Diese Fortführung sei zunächst bis 2018 begrenzt worden, um die von **Abg. Frau Steiner** aufgeworfenen Fragen im Anschluss zu evaluieren. Eine detaillierte Auskunft zu den angefragten Daten sei daher noch nicht möglich.

Abg. Frau Steiner unterstreicht, dass sie das Projekt begrüße, doch sei es bedauerlich, dass bei einer mehrjährigen Projektlaufzeit bisher kein entsprechendes projektbezogenes Controlling installiert sei, um etwa die Entwicklung der Arbeitslosenquote zu verfolgen.

Abg. Tsartilidis schließt sich der **Abg. Frau Dogan** an und hebt die Bedeutung der Quartiersmeisterei für die „Alte Bürger“ hervor. Er halte es für überzogen, die von der **Abg. Frau Steiner** genannten Daten bis auf das Quartier heruntergebrochen zu erfassen. Statt zur Erfassung derartiger Mikroökonomik sollte diese Zeit besser ins Projekt investiert werden; damit würde die positive bisherige Entwicklung – Geschäftsgründungen und weniger Leerstand etwa – befeuert.

Abg. Kastendiek meint, das eine schließe das andere nicht aus. Sicherlich sei eine kleinteilige Datenanalyse bis auf Straßenzüge hinab problematisch, doch gebe es auch messbare Ziele, die mit Erwartungen verbunden seien und daher auch ein

Maßnahmencontrolling erlauben würden. Mit der Erreichung von Teilzielen könne auch eine positive Wirkung für das Gesamtprojekt verbunden werden.

Abg. Frau Böschen hält die entsprechende Darstellung der Zahlen für richtig, sofern diese denn auch vorhanden seien. Möglicherweise sei ein Zwischenbericht sinnvoll. Im Übrigen hebt sie den starken persönlichen Einsatz des Quartiersmanagers hervor, ohne den die Maßnahmen ihres Erachtens ohne inhaltliche Wirkung wären.

Abg. Bücking hält aggregierte Zahlen wie Arbeitslosenquoten ohne Aussagekraft für die stadtentwicklungspolitische Entwicklung eines Quartiers; insofern müssten die entsprechenden Kennziffern sorgfältig gewählt werden. Er regt an, zu überlegen, ob für Projekte dieser Art eine Fotodokumentation über die qualitative Entwicklung des Quartiers im Rahmen der geplanten Evaluierung sinnvoll sein könnte. **Herr Peters** nimmt diese Anregung auf und erklärt, diese mit dem Zuwendungsempfänger zu erörtern.

Abg. Frau Dogan berichtet, dass der Leerstand seit 2005 signifikant gesunken sei und sich erfolgreiche Neuansiedlungen etabliert hätten. Möglicherweise könne ein persönlicher Eindruck des Quartiers **Abg. Frau Steiner** zu einer Korrektur ihrer Einschätzung bewegen; dafür spreche sie gerne eine Einladung an **Abg. Frau Steiner** aus.

Abg. Frau Steiner nimmt die Einladung an. Im Übrigen widerspreche Sie, da sie keine Sicht zu korrigieren habe. Sie begrüße das Projekt durchaus, doch müssten die mit dem – trotz des EFRE-Anteils – hohen bremischen finanziellen Einsatz verbundenen Ziele nachvollziehbar formuliert und anschließend überprüft werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beschluss des Senates vom 20.12.2016 zur Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven zur Kenntnis.

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Weiterführung der Quartiersmeisterei Alte Bürger in der dargestellten Weise zu.

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt einer Nachbewilligung bei der neu einzurichtenden Haushaltstelle 0706/682 60-0, City- und Stadtteilinitiativen in Bremerhaven, in Höhe von 284.620 € zu. Als Einsparung werden hierfür Mittel bei der Hst. 0709/686 56-9, EU-Programm EFRE 2014-2020 –konsumtiv–, in entsprechender Höhe herangezogen.

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 111.730 € bei der Hst. 0706/682 60-0 zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hst. 0709/686 56-9, EU-Programm EFRE 2014-2020 –konsumtiv–, veranschlagte VE des Haushaltsjahres 2017 insofern nicht in Anspruch genommen. Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2018 aus der Hst. 0709/686 56-9, EU-Programm EFRE 2014-2020 –konsumtiv–.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 5 IAC International Astronautical Congress 2018 - Bericht zum Sachstand und Finanzierung

Vorlage Nr. 19/268-L

Abg. Frau Steiner bittet zu erläutern, wie gut die Chancen Bremens auf die Ausrichtung des IAC 2018 seien, welche positiven Effekte durch die letzte Bewerbung zu verzeichnen gewesen seien und inwieweit die weiteren bremischen Netzwerke profitieren könnten.

Senator Günthner verdeutlicht, dass Bremen den Zuschlag bereits erhalten habe. Im Prinzip gehe einer erfolgreichen Bewerbung ein langfristiger Prozess voraus. Die Vergabe des IAC 2017 an Adelaide sei vor diesem Hintergrund kein Misserfolg Bremens im eigentlichen Sinne. Die Erfahrungen mit der Ausrichtung des IAC 2004 in Bremen machen deutlich, dass diese größte Fachveranstaltung ihres Segments eine emotionale Ansprache und Vernetzung aller Akteure aus Industrie und Verbänden mit Astronauten und Ministerien ermögliche. Auch wenn es sich um eine bundesdeutsche und nicht rein bremische Veranstaltung handele, werde sie doch unter enger Einbindung der bremischen Luft- und Raumfahrtindustrie stattfinden. Er erwarte, dass Bremens Stellung als erfolgreicher Luft- und Raumfahrtstandort damit weiter gestärkt werde.

Die Initiative von Frau Kessler, eine erste deutsche Astronautin für eine ISS-Mission in 2020 zu finden, begrüße er ausdrücklich, da sie die Vernetzung weiter befördere und das Thema Frauen in der Raumfahrt stärke. Die Zahlreichen Start-Up-Aktivitäten im Land Bremen böten große Schnittmengen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft; der Senat befördere diese immer, sofern seine Unterstützung erforderlich sei.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zum Sachstand des IAC 2018 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung des IAC 2018 in Bremen zu schaffen und stimmt zusätzlich zu der schon im Jahr 2014 beschlossenen VE der Bereitstellung von weiteren 100.000 € aus dem Haushalt des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt einer Nachbewilligung im Haushaltsjahr 2017 bei der Haushaltsstelle 0704/682 10-7 „Außenwirtschaftliche Infrastruktur“ im Haushalt des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen i.H.v. 100.000 € zu. Die Einsparung erfolgt aus der Haushaltsstelle 0703/686 23-0 „Förderung des Wissens- und Technologietransfers, von Innovation und der Krea-

tivwirtschaft“.

4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nach Durchführung des IAC 2018 um einen Abschlussbericht.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 6 Stand der Entwicklung der Klimaanpassungsstrategie für Bremen und Bremerhaven
Vorlage Nr. 19/269-L

Abg. Kastendiek weist auf eine zuvor verteilte Austauschseite mit Ergänzungen des Beschlussvorschlages hin.

Abg. Frau Bernhard bemerkt, die Wirtschaftsdeputation müsste für sich noch ihre eigene Betroffenheit reklamieren.

Herr Peters weist darauf hin, dass die Vorlage zunächst an den vom Umweltressort eingeleiteten Prozess angehängt sei; hier sei die Beteiligung des Wirtschaftsressorts sichergestellt. Die Ergänzung des Beschlussvorschlages stelle auf die Auswirkungen im bzw. aus dem Hafenbereich ab. Die weitere Berichterstattung erfolge, sofern es signifikante Fortschritte in der Strategieentwicklung gebe.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht der Verwaltung der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 04.11.2016 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um fortlaufende Berichterstattung. Dabei sind die Auswirkungen auf Unternehmen und auf den Hafenstandort konkret als Aspekte in die Berichterstattung aufzunehmen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 7 Ansiedlung von Borgward im Land Bremen
Vorlage Nr. 19/279-L

Abg. Kastendiek fragt vor dem Hintergrund der Pressekonferenz im vergangenen Herbst, wann mit einer Entscheidung durch das Unternehmen zu rechnen sei; er habe jedenfalls den Eindruck einer klaren Absichtserklärung gewonnen. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich weiter nach der Größenordnung der Rahmendaten; etwa von neu vorgesehenen Arbeitsplätzen, Bürgschaften des Senats oder auch Beihilfen. **Abg. Frau Bernhard** fragt ergänzend, welche konkreten Gebiete zur Disposition stünden.

Staatsrat Siering stellt fest, aktuell könne er keine konkrete Einschätzung zum Entscheidungszeitpunkt geben, aber falls der Markteintritt der Marke Borgward erfolge, so sei die Entscheidung eher in Wochen als in Monaten zu erwarten. Wie jedem anderen Unternehmen auch stünden ihm ggf. die Hilfen aus den bekannten Wirtschaftsförderungsinstrumenten offen. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaften beider Städte betreuten das Unternehmen aktuell gemeinsam. Hinsichtlich der Anzahl der Arbeitsplätze könne er sich aktuell nur auf die bekannten Aussagen aus der Pressekonferenz verlassen; dies hänge aber auch von der Standortentscheidung ab. Aktuell heiße das Gebot Abwarten, und nach einem Commitment könnten die Folgefragen bearbeitet bzw. beantwortet werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.

TOP 8 Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadtamt zu SWAH

Vorlage Nr. 19/280-L/S

Die Vorlage wird zurückgezogen.

TOP 9 Stand der Abrechnung des EFRE- und ESF-Programms des Land Bremen 2007 - 2013

Vorlage Nr. 19/282-L

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Bernhard** weist **Staatsrat Siering** zurück, dass für die Förderperiode im EFRE/ESF-Bereich insgesamt 56. Mio. fehlten.

Abg. Kastendiek schlägt zur Klärung der Frage vor, zunächst eine fachliche Aufklärung einzuleiten und eine bilaterale Klärung zwischen Fragestellerin und Verwaltung herbeizuführen; bei weiterem Klärungsbedarf könne die Vorlage ggf. erneut aufgerufen werden. Der heute vorgelegte Zwischenstand könne damit zunächst zur Kenntnis genommen werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung der EFRE- und ESF-Programme 2007 – 2013 zur Kenntnis und bittet um Weiterleitung an den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit. Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 10 Stiftung Anerkennung und Hilfe

Vorlage Nr. 19/267-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Senatsvorlage vom 29.11.2016 zur Stiftung Anerkennung und Hilfe und der damit verbundenen Aufgabenstellung für das Land Bremen zur Kenntnis.

TOP 11 Jugendberufsagentur - Start einer Marketingkampagne

Vorlage Nr. 19/281-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Marketingkampagne zur Jugendberufsagentur Bremen und Bremerhaven zur Kenntnis.

TOP 12 Beteiligung von bremenports als Gründungsmitglied an einer Entwicklungsgesellschaft für das isländische Hafenprojekt Finna fjord

Vorlage Nr. 19/284-L/S

Abg. Frau Bernhard bittet um Erläuterung der unterschiedlichen Risiken hinsichtlich der gewählten Rechtsform. Im Übrigen halte sie das Projekt angesichts der Öl- und Erzförderung für umweltpolitisch problematisch.

Abg. Kastendiek bemerkt einleitend, sicherlich stellten sich zunächst ordnungspolitische Fragen, wenn sich eine öffentlich finanzierte Gesellschaft auf privaten Wettbewerbsfeldern einlasse. Zur Begründung der Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft schlage die Vorlage zwar einen weiten, zuweilen historisch unterfütterten Bogen, doch bedeutender sei die Frage, inwieweit Risiken für Bremen und bremenports nach innen und außen abgegrenzt seien. Das Vorhaben sei seines Erachtens zustimmungsfähig, sofern ein mindestens kostendeckendes Ergebnis für bremenports bestätigt werde.

Herr Howe erläutert, bremenports schließe das Drittgeschäft durchschnittlich mit einem Gewinn von rund 600.000 € p.a. ab. Die Vorplanungen für das Projekt „Finna fjord“ seien von bremenports bereits aus diesen Gewinnen finanziert worden und könnten als Akquisitionskosten verstanden werden.

Das Risiko für bremenports aus der nunmehr zu gründenden Entwicklungsgesellschaft sei auf eine Einlage von 25.000 € beschränkt; über eine quasi „Cost + Fee-Vereinbarung“ möchte bremenports darüber hinaus Gewinne erwirtschaften. Risiko und Chance lägen auf Seite eines Investors im Zuge der Vermarktung nach Fertigstellung des Hafenprojektes. Insgesamt halte er das Vorhaben für visionär; in dem Gebiet habe es dieses Jahr die bisher größte zu verzeichnende Eisschmelze gegeben, sodass die Dynamik der Schifffahrt abseh-

bar zunehmen werde. Zu erwarten sei eine Einsparung der Fahrtzeiten von rund drei Wochen im Verkehr China-Europa. Mit dem Projekt seien weitere Chancen für die bremische Hafen- und Logistikwirtschaft verbunden. Im Übrigen werde die greenports-Strategie von bremenports in diesem Projekt berücksichtigt und eine nachhaltige Entwicklung in diesem sensiblen Gebiet angestrebt.

Abg. Reinken sieht mit der Vorlage den in 2013 eingeleiteten Entwicklungsprozess konsequent fortgeführt; er begrüße diese ausdrücklich. Er werte dies als positives Beispiel bremischer Hafenentwicklungspolitik, die damit weltweit sichtbar werde.

Abg. Bücking hält die Begeisterung der Hafen- und Logistikwirtschaft angesichts einer potenziell ganzjährig passierbaren Nord-Ost-Passage für verständlich; auch der Vorteil für die Ostasienverkehre liege auf der Hand. Gleichwohl blieben die potenziellen Risiken aus dem Projekt und den zusätzlichen Verkehren für die Umwelt nur schwer einschätzbar, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Aktivitäten zum „Arctic Mining“. Dass Bremen seine Kompetenzen in die Entwicklung eines solchen Projektes einbringen könne, sei nur zu begrüßen; daher stimme er der Vorlage insgesamt auch zu.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Beteiligung der bremenports an einer Entwicklungsgesellschaft für das isländische Hafenprojekt Finna fjord in der beschriebenen Form zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, die Zustimmung der Haushalts- und Finanzausschüsse einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion die DIE LINKE.

TOP 13 Moratorium für den Bauvertrag zum OTB

Vorlage Nr. 19/273-L

Abg. Kastendiek erkundigt sich nach den genauen Modalitäten des Moratoriums hinsichtlich der Ruhezeit und der Vertragspflichten des Bauvertrages, Sonderkündigungsrechte und vollständiger Projektaufgabe.

Herr Peters erklärt, seit dem 31.03.2016 ruhe der Vertrag, aus dem die Leistungserfüllung ohne Verzug wieder aufgenommen werden könne, sofern wieder gültiges Baurecht gesetzt sei. Für die Verzögerung gebe es eine Art Inflationsausgleich. Insgesamt halte er die Regelung für sehr komfortabel, da sie eine Neuausschreibung vermeide.

Herr Howe ergänzt, dass der Bauvertrag die Lose Terminal und Rampenbauwerk umfasse, nicht aber den südlichen Seedeich. Er führt weiter aus, dass das Sonderkündigungsrecht

nach § 10.3 des Bauvertrages mit dem Moratorium bestätigt werde; weitere Rechte auf eine Sonderkündigung aber nicht vereinbart seien. Die Vereinbarung sei bis 31.12.2021 geschlossen und nach dem statistischen Mittel der kommenden Jahre an die Inflationsrate gebunden. Das Budget sei bisher eingehalten worden und werde unter den bestehenden Prämissen auch weiter einzuhalten sein.

Senator Günthner erklärt, dass Bremen neben dem Bauvertrag bereits einen Betreibervertrag über 30 Jahre abgeschlossen habe, aus dem bei einem bremischen Projektausstieg das Land schadenersatzpflichtig werde. Hier sei eine Gerichtsentscheidung die einzige Ausstiegsoption. Ziel des Senats sei weiterhin die Vertragserfüllung.

Abg. Kastendiek bittet noch zu erläutern, inwieweit im Zuge des Bauvertrages entgangener Gewinn aus Bautätigkeit geltend gemacht werden könnte sowie nachzuliefern, was bisher für den Bau abgerechnet worden sei (siehe Anlage 3).

Abg. Schaefer fragt, ob der Ausstieg nur mit einer Gerichtsentscheidung möglich sei oder auch bei Wegfall der Geschäftsgrundlage für einen OTB - etwa, weil im Zuge einer Abwanderung der Windenergieindustrie kein Bedarf mehr bestehen könnte – oder ob ein OTB dann auch für andere Schwerlastverkehre geöffnet würde.

Herr Peters erläutert zum Betreibervertrag, es gebe verschiedene Optionen, die zu dessen Aufhebung führen könnten – im Extremfall etwa, dass die Bundesregierung den Ausstieg aus der Offshore-Windenergie beschließe. Er unterstreicht, dass ein politischer Ausstieg Bremens aus dem Projekt keine Option sei; erst wenn das Projekt juristisch endgültig keine Zulassung erfahre, könnte der Betreibervertrag aufgehoben werden. Stiege Bremen vorher aus dem Projekt aus, so kämen möglicherweise auf Bremen Kompensationsforderungen zu. Allerdings sei der Betreibervertrag zwischen den Vertragsparteien auf Durchführung angelegt und es gebe keinen Dissens zwischen den Vertragsparteien bzgl. des gemeinsamen Realisierungswillens.

Herr Howe erläutert hinsichtlich des Bauvertrages, dass die Kündigungszahlung auf 1% der Bauvertragssumme beschränkt sei.

Abg. Schaefer versteht die Ausführungen so, dass ohne einen juristischen Letztentscheid Bremen Kompensationszahlungen leisten müsse.

Senator Günthner unterstreicht nachdrücklich, dass Bremen mit einem gesetzten Bau-recht für das Projekt den Bau auch umsetzen werde.

Herr Peters ergänzt, dass die juristische Prüfung des Planfeststellungsbeschlusses auch eine Überprüfung des Bedarfs umfasse. Würde das Gericht in letzter Konsequenz den Planfeststellungsbeschluss aufheben, hätte dies die genannten Folgen für den Betreibervertrag; umgekehrt gebe es keinen Grund, im Falle der Bedarfsbestätigung gegen den

Planfeststellungsbeschluss zu entscheiden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 30.12.2016 zur Kenntnis.

TOP 14 Aktuelles

TOP 15 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel aller Ressorts

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	25.520.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	5.953.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.228.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	7.204.850	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	0
Programm insgesamt	96.840.070	47.027.608	0

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/- innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	0
15	Deputation SWAH HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	0 0 0
16	Deputation SWAH HaFA	07.09.2016 16.09.2016	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven	4	2016-19	2.030.000	0
17	Deputation SWAH HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	0
18	Deputation SWAH HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 18.01.2017)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 18.01.2017
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt mit Vorlage
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt: 26.10.2016)
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	Sommer 2017
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
19.	Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung / Aktualisierung des Sachstandes zum Prüfverfahren der Kommission	11.05.2016	Abg. Kastendiek	November/Dezember 2016 vorgesehen für März 2017
20.	Entwicklung des Luftfahrtstandortes Bremen Einschätzung durch den GF der Flughafen Bremen GmbH	11.05.2016	Abg. Fecker Abg. Kastendiek	März 2017
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
22.	Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen" Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp Abg. Fecker	zum Sommer 2017
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
24.	Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017	10.08.2016	Abg. Rupp	Anfang 2017
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, Mai 2017
28.	Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur	26.10.2016	Abg. Rupp	
29.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Optimierung der Vergabestrukturen	26.10.2016	Abg. Rupp	1. Halbjahr 2017

Anlage 3 zu

TOP 13 Moratorium für den Bauvertrag zum OTB

Vorlage Nr. 19/273-L

Zusammenstellung Arge OTB

Stand 30.01.2017

Ist-Gesamtkosten	Obligo	Summe Bauvertrag
510.903,62 €	119.163.534,67 €	119.674.438,29 €